

Union und SPD präsentieren Einigung: Wird das Bürgergeld abgeschafft?

Union und SPD präsentieren heute um 15 Uhr die Ergebnisse ihrer Sondierungen. Ein neues Finanzpaket und Koalitionsverhandlungen stehen an.

Bundestag, Berlin, Deutschland - Am 8. März 2025 stehen die politischen Weichen zwischen der Union (CDU, CSU) und der SPD neu. Die Sondierungen sind abgeschlossen, und beide Parteien haben sich auf ein gemeinsames Sondierungspapier geeinigt, dessen Einzelheiten in einem Presse-Statement um 15 Uhr vorgestellt werden sollen. Anwesend werden unter anderem Friedrich Merz (CDU), Markus Söder (CSU), Lars Klingbeil und Saskia Esken (SPD) sein, wie [op-online.de](https://www.op-online.de) berichtet.

Die Gespräche waren herausfordernd, zumal offene Fragen insbesondere die Migrationspolitik und das Bürgergeld betroffen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt äußerte, dass die schwierigen Themen oft zum Schluss kommen. In einer Vorbesprechung am Dienstag wurde ein umfangreiches Finanzpaket vorgestellt, das ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur umfasst und Ausnahmen von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben anstrebt.

Sondierungsdetails und Konfliktthemen

Die Sondierungsergebnisse zeigen, dass ein Einvernehmen über zentrale Finanzfragen hergestellt werden konnte, allerdings bleibt die Zustimmung der Grünen oder FDP nötig. Wie [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) berichtet, gab es während der Gespräche Konflikte über den Bundeshaushalt, das Bürgergeld, innere

Sicherheit sowie die irreguläre Migration. Die Union fordert umfassendere Zurückweisungen von Migranten, während die SPD Bedenken hinsichtlich europarechtlicher Vorgaben hat.

Am 13. März steht eine Bundestagssitzung zur Beratung des Finanzpakets an. Hierbei wird erwartet, dass die Herausforderungen, die durch eine vorläufige Etatführung und ein geschätztes Defizit von 26 Milliarden Euro entstehen, thematisiert werden. Außerdem sorgt die geplante Mobilisierung von Mitteln für Waffenhilfen an die Ukraine für Diskussionen, vor allem im Hinblick auf die Höhe der Verteidigungsausgaben und die damit verbundene mögliche Lockerung der Schuldenbremse.

Ausblick und Reaktionen

Politische Stimmen aus dem Bundesrat kritisieren bereits das Finanzpaket. Robert Crumbach, Chef des BSW in Brandenburg, äußerte, dass er auf den konkreten Text des Pakets warte und fordert eine Aufteilung in verschiedene Teile, um eine informierte Entscheidung zu treffen. Er lobte das Sondervermögen für Infrastruktur, äußerte jedoch Vorbehalte hinsichtlich der Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Hubert Aiwanger, Vorsitzender der Freien Wähler in Bayern, bezeichnete das Paket als „viel zu unkonkret“ und fordert glaubwürdige strukturelle Reformen sowie Einsparungen im Bereich Bürgergeld und Migration, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, wie [zdf.de](https://www.zdf.de) berichtet.

Insgesamt deuten die Entwicklungen auf eine intensive politische Auseinandersetzung hin, während Union und SPD sich auf die nächsten Schritte der Koalitionsverhandlungen vorbereiten. Die bereits skizzierten Finanzierungsprobleme und gesellschaftlichen Fragestellungen könnten dabei zentrale Themen der kommenden Sitzungen im Bundestag und Bundesrat werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bundestag, Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.op-online.de• www.tagesschau.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de